

Glasnost – Instrument der Perestroika

In seiner Schlußrede auf der Parteikonferenz in Moskau sagte Michail Gorbatschow (Moskauer Fernsehen 1. 7. 1988): „Man kann sagen, daß Glasnost eine der Heldinnen dieser Konferenz war. Vor allem deswegen, weil schon allein unsere Diskussion das Ergebnis einer Atmosphäre der Offenheit, Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit war, die sich in der Gesellschaft durchsetzt. Aber auch deswegen, weil wir hier das Thema der Glasnost selbst diskutierten – wie wir es mit Glasnost im weiteren halten wollen; wo sind ihre möglichen und vernünftigen Grenzen?“

„Glasnost“ ist nach „Perestroika“ zum Markenzeichen der Politik Gorbatschows geworden. Zumeist wird Glasnost daher überhaupt nicht mehr übersetzt. Wenn es übersetzt wird, dann als „Transparenz, Öffentlichkeit, Offenheit“. Trotzdem ist es recht schwierig abzugrenzen, was eigentlich alles zu Glasnost gehört.

Sowjetische Medien, vor allem aber westliche Massenmedien haben aus Glasnost eine Art Sammelbehälter gemacht, in den alles hineingeworfen wird, was irgendwie mit Presse-, Meinungs-, Informations- und Glaubensfreiheit, mit der Freiheit von Wissenschaft und Kunst zu tun hat. Als der Oberste Gerichtshof der Sowjetrepublik Estland einen Nacktbadestrand genehmigte, ordnete eine große Zeitung dies auch unter Glasnost ein¹.

Glasnost ist keine Wortschöpfung Gorbatschows. Als politischer Begriff tauchte Glasnost vor rund 150 Jahren im Zarenreich auf. Manche Bemühungen Gorbatschows ähneln denen jener fortschrittlichen Ministerialbeamten, die damals Glasnost forderten. Warum hat Gorbatschow Glasnost eine solche Bedeutung beigemessen? Was wollte er damit erreichen? Erst wenn das geklärt ist, wird eine weitere Prüfung sinnvoll, wie sich Glasnost seit 1985 entwickelt und ausgebreitet hat.

Aus dem angeführten Zitat geht hervor, daß die Partei Glasnost nicht aus dem Griff geben möchte. Es ist ferner herauszulesen, daß die Grenzen von Glasnost ungenau sind. Offensichtlich haben kritische Sowjetbürger Glasnost auch für Bereiche, Meinungen, Forderungen beansprucht, die die Machthaber nicht zur Diskussion stellen möchten.

Glasnost soll ein „Hebel“, ein „Transmissionsriemen“, ein „Instrument“, eine „Waffe“ der Perestroika sein². Im ideologischen Leitorgan der KPdSU, dem „Kommunist“ (Nr. 7/87, 3 ff.), heißt es im ungezeichneten Leitartikel „Auf dem

Kurs des XXVII. Parteitags der KPdSU: „Glasnost, Kritik und Selbstkritik, auf-richtige, öffentliche Diskussion über schwierigste Lebensprobleme, das sind art-eigene Züge des entwickelten Sozialismus, die heute neu Impulse erhalten. Für ihre Entwicklung brauchen wir keine zusätzliche ‚Einführung‘ irgendwelcher spezifischer Formen und Einrichtungen aus dem Arsenal der bürgerlichen Demo-kratie – uns sind die historisch dem Sozialismus eigenen fortschrittlicheren Nor-men und Prinzipien des Demokratismus näher.“

Glasnost zur Zarenzeit

Der Begriff Glasnost tauchte unter Zar Nikolaus I. (1825–1855) auf, als erste Überlegungen über Reformen, über die Bauernbefreiung angestellt wurden. Fort-schrittlich gesinnte Ministerialbeamte forderten Glasnost in dem Sinn, daß inner-halb der Bürokratie, zwischen den Ministerien ein Informationsaustausch statt-finden müsse. Unter Zar Alexander II. (1855–1881), dem „Bauernbefreier“, wurde Glasnost in einem weiteren Sinn gebraucht. Aufgeklärte Beamte und Wür-denträger forderten nun Glasnost als offene Debatte innerhalb der Intelligenzija des Zarenreichs³.

Diese Glasnost kann nicht gleichgesetzt werden mit einer öffentlichen Debatte in der Gesellschaft. Zum einen wurde dies durch die strengen Zensurvorschriften für alle Druckerzeugnisse verhindert, zum anderen waren die meisten Zarenbür-ger Analphabeten. Erst nach der Bauernbefreiung (1861), der Justizreform (1864) und der Milderung der Zensurbestimmungen (1865) erhielt Glasnost genauere Konturen im Sinn einer Transparenz, einer Durchschaubarkeit der Vorgänge und Entscheidungen.

Es ist bezeichnend, daß die Öffentlichkeit (Glasnost) von Gerichtsverhandlun-gen zu einer Art Ergänzung des Öffentlichkeitsanspruchs von Zeitungs- und Zeitschriftenverlegern wurde. Wenn zum Beispiel jemand wegen eines Verstoßes gegen die Zensurbestimmungen vor Gericht gestellt wurde, konnte er dort in ei-nem öffentlichen Verfahren seine Argumente vortragen⁴. Zwischen der Forde-rung nach Glasnost und der Forderung nach Pressefreiheit entstand eine Wech-selbeziehung, zumal in den Jahrzehnten nach 1865 die Pressefreiheit in Rußland wieder eingeschränkt und erst 1905 verwirklicht wurde.

Im Vorgriff auf die Gegenwart ist folgender Umstand interessant: Die derzeiti-ge Ausgabe der Großen Sowjetenzyklopädie kennt kein eigenes Stichwort „Glas-nost“, jedoch das Stichwort „Glasnost des Gerichtsverfahrens“⁵. So ist es auch nicht erstaunlich, daß bei der Aufarbeitung der Stalinschen Säuberungen in der Sowjetunion die geheimen Aburteilungen und die Erpressung von falschen Ge-ständnissen als besonders schändliche Merkmale des Personenkults angeprangert werden.

Glasnost in der Sowjetunion

Lenin hatte vor der Oktoberrevolution im Jahr 1917 immer Pressefreiheit gefordert. Sofort danach unterdrückte er durch das „Dekret über die Presse“ die nichtbolschewistischen Periodika. Er errichtete das Presse- und Meinungsmonopol der Kommunistischen Partei. Das Pressedekret von 1917 ist bis heute in Kraft.

Nachdem Gorbatschow Glasnost gefordert hatte, wird in der Sowjetunion ständig darauf verwiesen, daß die sozialistische Glasnost auf Lenin zurückgeht. Dieser Hinweis zeigt allerdings auch deutlich, daß Glasnost nicht mit Presse- und Meinungsfreiheit gleichgesetzt wird. Tatsächlich hat Lenin einige Male von Glasnost gesprochen, von der Öffentlichkeit politischer und wirtschaftlicher Prozesse⁶. Er brauchte sie, um schwerwiegende Mängel aufgreifen zu können; er brauchte sie auch, um die Führungsrolle der Partei gegenüber einer eigenmächtigen Bürokratie zu wahren.

Mit Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit hatte dies jedoch nichts zu tun. Information war nach Lenin „Agitation durch Fakten“. Die Nachrichtenverbreitung war Sache der Staatspartei und ihrer Organe. Glasnost im Leninschen Sinn gewährte innerhalb der Parteiführung eine relativ freie Diskussion über die Mängel und die Fortentwicklung des Systems, aber nicht eine öffentliche Debatte. Auf dem X. Parteitag (1921) verbot auf Lenins Betreiben die Resolution „Über die Einheit der Partei“ jede „Fraktionsbildung“ innerhalb der Partei. Stalin hat diese Resolution benutzt, um in der Partei offene Diskussionen abzuwürgen.

Stalin hat nach Lenins Tod (1924) jenes Meinungslenkungssystem errichtet, das bis 1985 kaum verändert wurde. Alle Massenmedien, die gesamte Nachrichtengattung wurden von der Parteizentrale aus dirigiert. Eine vielfältige Zensur sorgte für die Einhaltung der obrigkeitlichen Befehle. Es gab keine Meinungsforschung mehr. Stalin war der Repräsentant der „öffentlichen Meinung“. Glasnost gab es nicht einmal mehr im Politbüro. Das Wort verschwand einfach.

Wenn über Mißstände in der Sowjetunion berichtet wurde, so geschah dies auf Weisung oder mit ausdrücklicher Genehmigung von oben. Mißstände wurden immer einzelnen unfähigen oder unmoralischen Elementen oder „Volksfeinden“ zugeschrieben. Kein Bericht durfte den Verdacht aufkommen lassen, daß das System, die Ideologie oder gar der „weise Führer“ mitschuldig sein könnten.

Stalins Erben hatten erkannt, daß Stalins Indoktrination keinen Sowjetbürger mehr mobilisierte. *Chruschtschow* (1953–1964) ließ die Periodika etwas informativer gestalten, gestattete etwas „Tauwetter“ in der Literatur, rief die Meinungsforschung wieder ins Leben, begann mit der Überwindung des „Personenkults“ (der Entstalinisierung). Niemand bezeichnete dies allerdings als Glasnost. Nicht einmal in den regelmäßig überarbeiteten und neu aufgelegten Dokumentationsbänden „Lenin über die Presse“ findet man das Stichwort Glasnost⁷.

Chruschtschow dachte allerdings nie daran, die Lenkung der Medien aus der Hand der Partei zu nehmen oder die Zensur abzuschaffen. So trat das ein, was John Stuart Mill 1859 in seinem berühmten Essay „On Liberty“ über das Zarenreich geschrieben hatte: „Und selbst wenn die Zufälle... Herrscher mit Reformabsichten an die Spitze kommen ließen, dann könnten sie keine Reform gegen die Interessen der Bürokratie durchsetzen. In diesem traurigen Zustand befindet sich das russische Reich.“⁸ Als Chruschtschow 1964 in den Ruhestand geschickt wurde, kreideten ihm seine Gegner eine zu lasche Handhabung der Massenmedien an.

Breschnew (1964–1982) stellte die Entstalinisierung ein, das „Tauwetter“ wurde eingefroren. Der Samisdat wurde unterdrückt, Dissidenten wurden abgeurteilt oder in psychiatrischen Kliniken mundtot gemacht. Wissenschaft und Kultur wurden wieder am kurzen Zügel geführt. Das Strafgesetzbuch wurde durch zwei Artikel ergänzt, mit deren Hilfe jede unerwünschte Verbreitung von Informationen als staatsfeindlich abgeurteilt werden konnte. 1967 legten 167 Sowjetbürger dem Obersten Sowjet einen Entwurf für ein „Gesetz über Verbreitung, Sammlung und Empfang von Informationen“ vor. Einer der Unterzeichner war Sacharow. Bis heute ist dieser Vorschlag in der Sowjetunion nicht veröffentlicht worden⁹.

Allerdings mußten die Machthaber feststellen, daß weder die Massenmedien noch der Marxismus-Leninismus die Sowjetbürger zu gesteigerten Leistungen motivierten. Chruschtschows Behauptung, die Sowjetunion werde bald die USA einholen und überholen, verschwand. Bevölkerungsbefragungen, deren Ergebnis nur für die Führung bestimmt waren, zeigten dieser, daß Apathie und Lethargie um sich griffen.

Mitte der siebziger Jahre stellte der sowjetische Wissenschaftler R. Safarow fest, daß die Informationsströme zwischen Staat und Gesellschaft unzureichend seien, daß die Führung „oft nur ein verzerrtes Bild von der gesellschaftlichen Meinung hat“. Er zog die Schlußfolgerung: „Die Informiertheit der Bevölkerung über rechtliche und staatliche Fragen setzt Öffentlichkeit der Arbeit der Regierung, der Ministerien und der Exekutivkomitees voraus.“¹⁰ Breschnew rüffelte 1978 vor dem ZK-Plenum die mangelnde Effizienz des Propagandaapparats und der Medien (Prawda 28. 11. 1978).

Auf dem XXV. Parteitag der KPdSU (1976) hatte Breschnew – im Rückgriff auf Lenin – behauptet: „Die Partei hat keinerlei Geheimnisse vor dem Volk. Sie ist brennend daran interessiert, daß alle Sowjetmenschen über die Angelegenheiten und Pläne der Partei Bescheid wissen, darüber ihre Einstellungen besitzen.“¹¹ Bevor 1977 die neue Sowjetverfassung in Kraft trat, war tatsächlich eine Diskussionskampagne gelaufen, die einige der obrigkeitlichen Vorschläge abänderte.

Die Verfassung des Jahres 1977 enthält im Artikel 9 jene Aussagen, auf die sich Gorbatschow 1985 stützen konnte: „Die Hauptrichtung der Entwicklung des po-

litischen Systems der sowjetischen Gesellschaft ist die weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie: die immer umfassendere Mitwirkung der Bürger an der Leitung der Angelegenheiten des Staates und der Gesellschaft, die Vervollkommnung des Staatsapparats, die Erhöhung der Aktivität der gesellschaftlichen Organisationen, die Verstärkung der Volkskontrolle, die Festigung der Rechtsgrundlagen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Ausweitung von Glasnost, die ständige Berücksichtigung der gesellschaftlichen Meinung.“

Im Ideologierlaß des Zentralkomitees vom Jahr 1979 „Über die weitere Verbesserung der ideologischen und politisch-erzieherischen Arbeit“ (Kommunist Nr. 7/79, 10 ff.) tauchte Kritik an der mangelnden Glasnost auf. Und im gleichen Jahr erwähnte ZK-Sekretär Tschernenko, daß im ZK eine Abteilung für Bevölkerungspost, für die Analyse der gesellschaftlichen Meinung und für soziologische Entwicklungen eingerichtet worden sei.

In der Praxis änderte sich jedoch nichts. Glasnost blieb eines der politischen Schlagworte ohne Auswirkungen. 1982 gab es allerdings eine kleine Sensation. Generalstaatsanwalt Rekunkow berichtete, wenn auch in einem langatmigen Artikel eingepackt (Prawda 27. 4. 1982), daß der stellvertretende Minister für Fischereiwesen, W. Rytow, wegen umfangreicher Schiebungen zum Tod verurteilt und erschossen worden sei. Breschnew war zu dieser Zeit nicht mehr arbeitsfähig. Vorher hatte er dafür gesorgt, daß alle Berichte über die korrupte Nomenklatura unter den Teppich gekehrt wurden.

Breschnews Nachfolger *Andropow* (1982–1984) hatte wahrscheinlich bei der erwähnten Veröffentlichung seine Hand im Spiel gehabt. Er kam vom Staatssicherheitsdienst. Ein spitzes Dissidentenwort behauptet, die eigentlichen Dissidenten müßten sich im KGB befinden, denn dort wüßte man, wie katastrophal die Lage sei und was die Sowjetbürger dächten. Andropows Versuche, die korrupten Nomenklatura-Angehörigen zur Verantwortung zu ziehen, wurden durch seinen frühen Tod beendet. Sein Nachfolger *Tschernenko* (1984–1985) setzte wieder auf Verstärkung der ideologischen Beeinflussung. Er änderte nichts.

Glasnost war zwar als politischer Begriff unter Breschnew wieder aufgegriffen worden, aber eine „Waffe“, ein „Instrument“ war sie nicht geworden. Immerhin bemühte sich 1982 ein Kommentar zur Verfassung des Jahres 1977 zu erklären, wie Glasnost als „wichtiges Element der politischen Ordnung“ zu verstehen und zu verwenden sei¹².

Glasnost, so erklärte der Kommentar, sei der für die Bürger öffentlich zugängliche Charakter der Tätigkeit der staatlichen und gesellschaftlichen Organe. Ferner gehöre zu Glasnost die Information über diese Organe und die verschiedenen Bereiche des wirtschaftlichen und sozial-kulturellen Aufbaus. Die regelmäßige Verbreitung von Informationen über die Tätigkeit der Sowjets und der Regierungsorgane sei der wichtigste Weg zur Umsetzung von Glasnost. Dies sei eine Aufgabe der Massenmedien. Der Kommentar unterscheidet zwischen dem

„Informationsstrom von oben“ und der „Information, die von unten nach oben geht“. Unter dem „Informationsstrom von oben“ wird Glasnost verstanden. Die „Information, die von unten nach oben geht“, erscheint unter der Bezeichnung „Berücksichtigung (oder auch Erfassung) der gesellschaftlichen Meinung“. Diese drücke sich vor allem in den Sowjets und in Leserbriefen aus. Diese Berücksichtigung der gesellschaftlichen Meinung habe die Funktion einer „Rückkoppelung“.

Bei genauer Lektüre fällt auf, daß die Sowjets sowohl beim „Informationsstrom von oben“ wie beim „Informationsstrom von unten“ hervorgehoben werden. Die Partei und ihre Organe werden nur – unter Hinweis auf das „Leninsche Prinzip von Glasnost“ – am Rand erwähnt. Man könnte dies durch den Hinweis erklären, daß es sich um einen Artikel der Verfassung und nicht des Parteistatuts handelt. Andererseits geht jedoch dem erwähnten Artikel 9 der Artikel 6 der Verfassung voraus, der die KPdSU als führende und lenkende Kraft des gesamten Systems bezeichnet.

Die Aufgabe von Glasnost in der Perestroika

Gorbatschow hat Jura und (im Fernstudium) Agrarökonomie studiert. Er war seit 1971 ZK-Mitglied, 1979 Kandidat des Politbüros und 1980 Mitglied des Politbüros gewesen, bevor er im März 1985 zum Generalsekretär gewählt wurde. Er wußte, daß die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion schlecht war, daß die Sowjetunion in einem wirtschaftlichen oder militärischen Wettlauf mit der „kapitalistischen“ Welt nicht mithalten konnte. Eine Wandlung, ein Umbau, also eine „Perestroika“ war unumgänglich.

Wie diese Perestroika sich vollziehen sollte, war unklar. Zum einen fehlten vollständige Informationen. Obwohl die Führungsspitze aus den verschiedensten Quellen Informationen anhäufte, wußte sie natürlich, daß ein erheblicher Teil davon geschönt, frisiert oder gefälscht war. Zugleich mußte man mit der Planung der Perestroika beginnen, mit den Überlegungen für die Gesamtplanung und das Instrumentarium.

Gorbatschow hatte miterlebt, wie unter Breschnew und Tschernenko die Nomenklatura wichtige Veränderungen abgeblockt hatte. Sie würde auch ihm Knüppel in den Weg werfen oder ihn sogar wieder aus dem Weg räumen. Wenn Gorbatschow diese Nomenklatura-Mauer durchstoßen wollte, brauchte er eine breite Unterstützung von unten. Es genügte nicht, daß er in zäher Kleinarbeit die alten Sesselinhaber durch eigene Anhänger ersetzte.

Eine Perestroika braucht große finanzielle Mittel. Der Abbau der Konfrontation gegenüber den „kapitalistischen“ Staaten konnte nicht nur gewaltige Summen einsparen, sondern auch die wirtschaftliche und wissenschaftliche Unterstützung aus dem Ausland neu beleben. Schließlich mußte die eigene Wissenschaft

wieder genügend Freiraum bekommen, um einen Beitrag zu Perestroika leisten zu können.

Das Thema Perestroika der Ideologie ließ Gorbatschow bei seinem Machtantritt vorerst beiseite. Die Nomenklatura hätte einen solchen Frevel nicht zugelassen. Recht behutsam und geschickt setzte Gorbatschow mit seiner Perestroika dort an, wo ein überzeugter Kommunist bei revolutionären Veränderungen anzusetzen hat: beim Unterbau, bei den Produktionsverhältnissen.

Nach den offiziellen Lehren bringen die Produktionsverhältnisse den politischen Überbau hervor; der politische Überbau wiederum bedingt den geistigen Überbau, also den gesamten Bereich des Bewußtseins. Perestroika meinte ursprünglich Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich, also in den Produktionsverhältnissen. Erst später erhielt Perestroika eine viel weitere Bedeutung und wurde zum Oberbegriff für sämtliche Veränderungen. Das neue politische Schlagwort Demokratisierung ist vor allem im politischen Überbau anzusiedeln, auch wenn die ersten Demokratisierungsmaßnahmen in Betrieben erfolgten.

Mit dem „Neuen Denken“ war anfangs nur die Entwicklung eines Bewußtseins der Mitverantwortung unter den Sowjetbürgern gemeint. Sie mußten aus ihrer Apathie und Lethargie aufgeweckt werden, wenn Gorbatschow sich gegen die Nomenklatura durchsetzen wollte. Wenn die Masse der Bevölkerung nicht bereit war, die Perestroika mitzutragen, sie als eigene Sache anzusehen, dann würde sie auch nie bereit sein, die schwierige Durststrecke bis zur Verwirklichung der hohen Ziele durchzustehen.

Das Neue Denken betraf also anfangs nur den Bereich des geistigen Überbaus in Hinblick auf die innersowjetischen Verhältnisse. Erst später wurde der Begriff auch in den Bereich der Außenpolitik übertragen. Bei dieser Übertragung, die vor allem in einer Neuinterpretation der friedlichen Koexistenz bestand, wurde auch die bisher gültige Ideologie „umgebaut“.

Wenn wir uns diesen ideologischen „Regelkreis“ – Produktionsverhältnisse, politischer Überbau, geistiger Überbau – ansehen und ihn mit den aufgezählten Schwierigkeiten vergleichen, so wird recht bald klar, welche Bedeutung einer Glasnost im Sinn der Transparenz zufiel. Sie konnte Aufschluß geben über die wirklichen Zustände und Verhältnisse im wirtschaftlichen Bereich. Sie konnte im politischen Überbau die Nomenklatura zurückdrängen, die ihr Herrschaftswissen offenlegen sollte.

Gorbatschow konnte sich trefflich auf den mehrfach erwähnten Artikel 9 der sowjetischen Verfassung berufen, als er Glasnost in diesen Regelkreis einbrachte. Sie sollte zum Hebel, zum Instrument, zur Waffe, zum Motor der Perestroika werden, nicht etwa zum Hauptziel. Wenn es darum ging, die Massen für eine Perestroika zu begeistern, dann mußten diese aber auch wieder Vertrauen zur Führung und deren Medien bekommen. Wollte man schließlich eine gute Zusammenarbeit mit dem Ausland, so mußte man sich auch dort wieder Glaubwürdigkeit

verschaffen. Breschnews Rüstungs- und Außenpolitik hatte nur Mißtrauen geschaffen.

Glasnost sollte also der Führungsspitze zuverlässige, umfassende Informationen aus allen Bereichen liefern, die Nomenklatura und ihre Bürokratie zurückdrängen, die Führung und ihre Medien bei der Bevölkerung wieder glaubwürdig machen, um Unterstützung von unten zu erhalten, und schließlich durch die Glaubwürdigkeit im Innern auch Glaubwürdigkeit im Ausland wiederherstellen.

Glasnost in den Massenmedien

Über die Besetzung wichtiger politischer Positionen durch Anhänger Gorbatschows ist in vielen Medien berichtet worden. Es ist bekannt, daß er eingerahmt wird durch den abbremsenden ZK-Sekretär Ligatschow und den vorantreibenden Jakowlew. Es ist auch bekannt, daß er den allzu stürmischen Anhänger der Perestroika Jelzin opfern mußte.

Es ist bei uns kaum darüber berichtet worden, daß es Gorbatschow gelungen ist, allein in den Jahren 1985/86 neun Zentralzeitungen neue Chefredakteure und sechs Zentralorganen neue stellvertretende Chefs zu geben. Der Wechsel beim ideologischen Leitorgan „Kommunist“ wurde von einer ZK-Resolution begleitet. Chefredakteur N. Bikennin gab dem bisher kaum lesbaren Ideologiejournal erstaunliche neue Akzente. Die langweilige Illustrierte „Ogonjok“ wurde unter dem neuen Chefredakteur Korotitsch zu einem kritischen Journal, das recht unbekümmert die verschiedensten Mißstände aufgreift. Die mehrsprachig erscheinende „Moscow News“ unter ihrem neuen Chef I. Jakowlew hat einen geradezu westlichen Stil. Die Auflagen der Zeitungen und Zeitschriften veränderten sich, soweit das aufgrund des Papiermangels möglich ist, eindeutig zugunsten der kritischen Organe.

Auch das Fernsehen mit seiner Reihe „Scheinwerfer der Perestroika“ und der Ausstrahlung bisher verbotener Streifen paßte sich der Glasnost-Entwicklung an. Der Rundfunk, der weitgehend zur Geräuschkulisse geworden war, verbesserte seine Informationssendungen über In- und Ausland. Kühne sowjetische Journalisten forderten, man solle nun endlich auch in der Berichterstattung über die „kapitalistischen“ Länder korrekter und umfassender berichten.

Das Zeitungszentralorgan der Partei, die „Prawda“, bekennt sich zwar unablässig zur Glasnost. Chefredakteur W. Afanasjew, der seit 1976 dieses wichtigste Leitorgan dirigiert, scheint jedoch kein begeisterter Reformier zu sein. Im März 1987 sagte er auf dem letzten Kongreß des sowjetischen Journalistenverbands, dessen Vorsitzender er ist: „Wir haben nicht das Recht, zu vergessen, daß wir sowjetische Journalisten sind – parteiliche Journalisten. Wir sind Soldaten der Partei.“¹³ In seinem Leitartikel für die „Prawda“ (14. 12. 1987) „Demokratie und

Glasnost“ beteuert er: „Kriterium und Inhalt von Glasnost ist nur die Wahrheit.“ Im gleichen Text erläutert er jedoch: „Glasnost zementiert, integriert die Prinzipien der Parteilichkeit, des kämpferischen Geistes und der demokratischen Gesinnung.“

Die Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ verbreitete mit dem Artikel der Leningrader Dozentin N. Andrejewa, „Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben“ (13. 3. 1988), ein Anti-Perestroika-Manifest, das die „Prawda“ erst am 5. 4. 1988 zurückwies. Während bei den Allunions-Organen (den Periodika, die in Moskau gemacht werden und für die gesamte Sowjetunion bestimmt sind) zumeist Glasnost verwirklicht wird, steht es in den Unionsrepubliken, in den regionalen und lokalen Medien sehr viel schlechter. Die Republik-, Regional- und Lokalgrößen bemühen sich nach wie vor darum, daß ihre Medien im Zaun gehalten werden.

Angeblich gibt es keine Vorzensur mehr. Aber es gibt genügend Bereiche, die niemand aufzugreifen wagt. Dazu gehört in erster Linie die Führungsrolle der Partei, die sozialistische Wirtschaftsordnung, die Friedenspolitik der Sowjetunion usw. Das Tabu, über die Vorrechte der Nomenklatura zu berichten, scheint aufgehoben worden zu sein. Für die sowjetische Bevölkerung ist die Veränderung ungeheuer. Zeitungen und Zeitschriften werden wieder mit Interesse gelesen. Gerüchte beginnen jetzt teilweise mit der eigenartigen Formel: „In den Moscow News (oder Moskowskije Nowosti) soll gestanden haben.“

Recht absonderlich ist, daß sich in der sowjetischen Journalistenausbildung offensichtlich wenig oder nichts geändert hat. J. Sasurski, Dekan der Moskauer Journalistikfakultät, schreibt nach wie vor über die unaufgebbare kommunistische Parteilichkeit der sowjetischen Journalistik. Handreichungen für die sowjetischen Journalistikstudenten erwähnen zwar Glasnost, aber sie verschwindet hinter der Forderung, daß die Partei die Massenmedien zu lenken habe¹⁴.

Ausweitung von Glasnost

Die erste Glasnost-Welle erfaßte die Massenmedien und begnügte sich bald nicht mehr damit, Mißstände im wirtschaftlichen und sozialen Bereich aufzugreifen. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (26. 4. 1986) konnte nur kurze Zeit verniedlicht werden. Seither wird auch über Schiffs-, Flugzeug-, Explosionskatastrophen in der Sowjetunion rasch informiert. Mutige Journalisten haben sich, wie sich auf der Parteikonferenz gezeigt hat, nicht auf die Berichterstattung über Sitzungen der Sowjets oder über Betriebsversammlungen eingrenzen lassen.

Sehr bald schwappte die Glasnost-Welle auch in den Bereich von Literatur und Kunst hinüber. 1987 wurde der lange zurückgehaltene Film von Abuladse „Die Reue“ aufgeführt. Sowjetische Zeitschriften drucken Pasternaks „Dr. Schiwago“, Orwells „1984“, Aitmatows „Richtstätte“, Rybakows „Kinder des Arbat“. Gu-

barjews Drama über Tschernobyl „Der Sarkophag“ war ebenso wie Schatrows „Weiter – weiter – weiter“ für die sowjetischen Zuschauer eine Sensation. Diese Glasnost im Bereich der Kunst greift praktisch alle Themen auf, die auch in den Massenmedien aufgegriffen werden.

In seinem Buch „Perestroika“ vom Jahr 1987 schreibt Gorbatschow verhältnismäßig wenig über Glasnost. Aber seine Formulierungen lassen erkennen, daß er weit über das hinausgeht, was in der Verfassung von 1977 gemeint war. Er schreibt u. a.: „Wir wollen Offenheit in allen öffentlichen Angelegenheiten und in allen Bereichen des Lebens . . . Glasnost, Kritik und Selbstkritik sind nicht nur eine neue Kampagne. Sie wurden öffentlich verkündet und müssen einen festen Platz im sowjetischen Leben finden. Ein tiefgreifender Wandel ist ohne sie nicht möglich.“¹⁵

Der Fächer von Glasnost klappte weit auseinander. H. Brahm unterscheidet drei Formen von Glasnost: „Die von der Parteiführung gewünschte Glasnost, die als Instrument gegen die Bürokratie, die Korruption und alle Mißstände dienen sollte; die zur Verselbständigung tendierende Glasnost der unabhängig denkenden Intellektuellen, vor allem der Schriftsteller; die für das Ausland gedachte Glasnost.“¹⁶

Die Glasnost der unabhängig denkenden Intellektuellen ist bereits erwähnt worden. Hierzu gehört auch die Glasnost-Forderung und teilweise deren Verwirklichung in den Wissenschaften. So hat die Wirtschaftswissenschaftlerin und Soziologin T. Saslawskaja gefordert, die staatliche Geheimniskrämerei bei der Veröffentlichung von statistischen Daten aufzugeben. Tatsächlich hat die Zensur inzwischen Daten über die Selbstmordziffer, die Drogenfälle, die Verluste in Afghanistan usw. freigegeben. Historiker haben immer neue Berichte über den Terror der Stalinzeit veröffentlicht. Inzwischen wurde sogar die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Säuberungen beschlossen.

Auf das Thema Glasnost für das Ausland kann hier nicht näher eingegangen werden. Zweifellos sind die Auslandsveröffentlichungen ehrlicher geworden. Fernsehbrücken von Live-Übertragungen haben stattgefunden. Vieles aus dieser Auslands-Glasnost ist jedoch nach wie vor Propaganda. Das betrifft zum Beispiel die Darstellung der Situation der religiösen Gruppen in der Sowjetunion, wie man sie sowohl von seiten des Moskauer Patriarchats wie von seiten der sowjetischen Agentur für Auslandspropaganda „Nowosti“ verbreitet.

„Glasnost ist kein Selbstzweck“

Die zweite Etappe der Perestroika hat 1988 begonnen. Während im wirtschaftlichen Bereich die gewünschten Ziele nicht erreicht worden sind, hat Glasnost einen Vorsprung erreicht, der teilweise die Führung bedenklich macht. Die

„Prawda“ (19. 6. 1988) veröffentlichte den Text einer langen Diskussion am runden Tisch über das Thema „Glasnost und Demokratie“. In dieser Diskussion wird zugegeben, daß der Begriff Glasnost sich ausgeweitet hat, daß sogar Freiheit des Wortes und Zugang zur Information damit verbunden würden. Ein Diskussionsteilnehmer nennt als „Kern“ von Glasnost die Öffentlichkeit der Tätigkeit staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen. Ein anderer spricht von einem weiteren Begriff und nennt die Freiheit des Wortes „im realen sozialistischen Meinungspluralismus“ und die Bereitstellung der notwendigen Informationen.

In dieser Diskussion wird auch die Ausarbeitung von Gesetzen über Glasnost und über die Presse und Massenmedien erwähnt. Seit Jahren werde bereits intern über ein Pressegesetz beraten. Besonders interessant ist, daß offensichtlich die Partei auch im Fall von Glasnost eine Sonderstellung behalten soll. So sagt einer der Diskussionsteilnehmer (J. M. Baturin, Kandidat der juristischen Wissenschaften): „Die Partei ist die höchste Form einer gesellschaftlich-politischen Organisation, daher darf ein Gesetz (über Glasnost) der KPdSU nicht die Formen und Möglichkeiten für eine Verwirklichung von Glasnost vorschreiben. Die Partei-Glasnost muß durch politische Normen, durch das Parteistatut geregelt werden.“

A. Frenkin, ständiger Korrespondent der Zeitung „Literaturnaja Gaseta“, betont in seinem Artikel „Glasnost – ein Ausdruck sowjetischer Demokratie. Offenheit ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument der Umgestaltung“, daß Offenheit (Glasnost) vom ZK der KPdSU und zuallererst von Gorbatschow persönlich in die Wege geleitet worden ist. Er schreibt weiter: „Offenheit heißt nicht einfach, es sei erlaubt, über alles und wie es beliebt zu schreiben. Eine solche einfältige Auffassung hat mit Glasnost in der UdSSR nichts zu tun.“¹⁷

Die Parteikonferenz hat eindeutig gezeigt, welch ungeheure Bedeutung Glasnost in der Sowjetunion erhalten hat. Sie hat auch gezeigt, daß nicht nur Glasnost-Gegner fürchten, Glasnost könne sich weiter verselbständigen. Unter den Entschlüssen der XIX. Parteikonferenz steht jene über Glasnost zwar nicht an erster Stelle, doch hat sie eine große Bedeutung (Prawda 5. 7. 1988). Diese Entschluß bezeichnet den „weiteren Ausbau der Offenheit als eine der wichtigsten politischen Aufgaben“. Der Akzent liegt in dieser Entschluß bei der Transparenz der Angelegenheiten von Staat und Gesellschaft, also mehr bei der „Information von oben“. Die Parteiorganisationen werden dazu aufgerufen, die Massen wahrheitsgetreu zu informieren. Unzulässig sei es, so ist in der Entschluß zu lesen, Glasnost zur Beeinträchtigung der Interessen des Sowjetstaats und der Gesellschaft sowie der Rechte der Persönlichkeit zu mißbrauchen.

Allerdings steht in der Entschluß auch der bemerkenswerte Satz: „Niemand hat ein Monopol auf Wahrheit, und es darf auch kein Monopol auf Offenheit geben.“ Wie dies konkret zu verstehen ist, wird man erst feststellen können, wenn das in der Entschluß angekündigte Gesetz über Glasnost veröffentlicht oder zur Diskussion gestellt wird.

ANMERKUNGEN

- ¹ SZ 25. 7. 1988 (Reuter-Meldung).
- ² Televidenie Radioveščanie 5/87, 1; Žurnalist 11/87, 10.
- ³ N. Gross, Glasnost': Roots and Practical, in: Problems of Communism, Nov./Dez. 1987, 69 ff.; W. Bruce Lincoln, In the Vanguard of Reform. Russia's Enlightened Bureaucratie (1825–1861) (Illinois 1982).
- ⁴ Ch. Ruud, Fighting Words: Imperial Censorship and the Russian Press 1804–1906 (Toronto 1982) 154 ff.
- ⁵ Bol'saja sovetskaja enciklopedija (Moskau 1971) Bd. 6, 585 f.
- ⁶ S. z. B. Lenin o pečati (Moskau 1982) 373.
- ⁷ Lenin o pečati (Moskau 1959, Leningrad 1966, Moskau 1970, 1974, 1982).
- ⁸ J. S. Mill, Über die Freiheit (Stuttgart 1974) 153.
- ⁹ Text in: P. Roth, Die kommandierte öffentliche Meinung. Sowjetische Medienpolitik (Stuttgart 1982) 215 ff.
- ¹⁰ P. Roth, SOW-INFORM. Nachrichtenwesen und Informationspolitik der Sowjetunion (Düsseldorf 1980) 243.
- ¹¹ Ebd. 244.
- ¹² Konstitucija SSSR. Politiko-pravovoj kommentar (Moskau 1982) 46 ff.
- ¹³ Žurnalist 4/87, 9.
- ¹⁴ Z. B.: Žurnalistika i politika (Moskau 1987); Partijnoe rukovodstvo sredstvami massovoj informacii i propagandy (Moskau 1987).
- ¹⁵ M. Gorbatschow, Perestroika (München 1987) 92 ff.
- ¹⁶ H. Brahm, Ein neuer Generalsekretär im alten Sowjetsystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45/87, 28.
- ¹⁷ In: Beiträge zur Konfliktforschung 2/87, 31.